

Jochen Esser, finanzpolitischer Sprecher, erklärt:

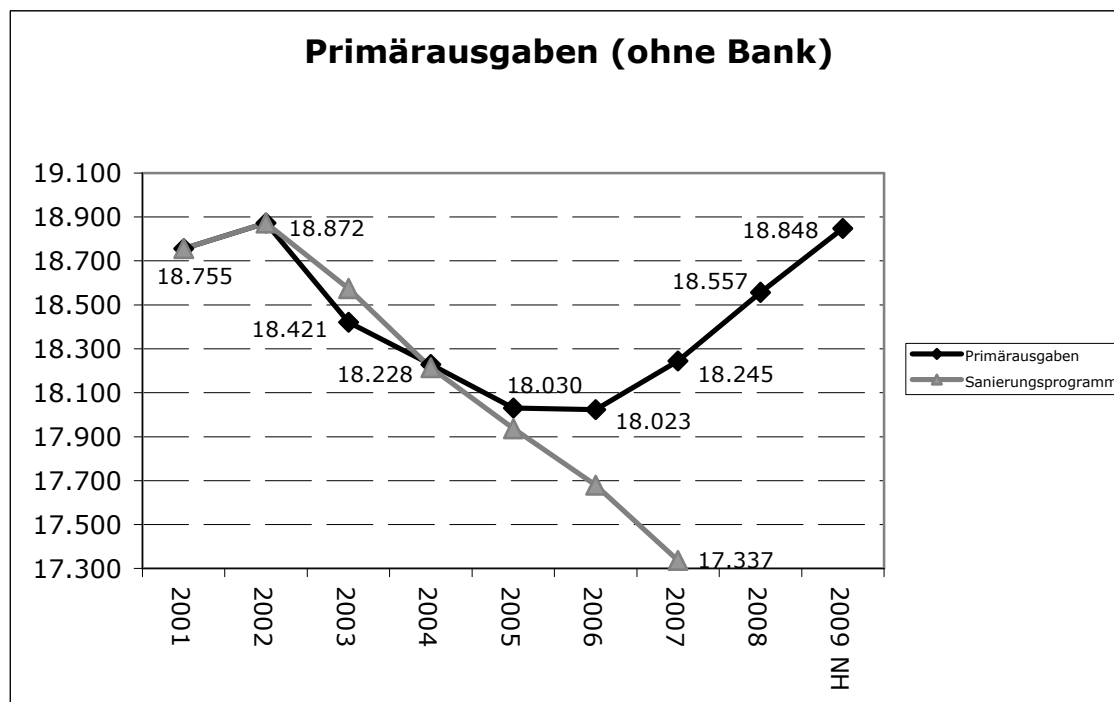
## Sarrazin lässt Rot-Rot ohne Kompass zurück

Senator Sarrazin hat in den vergangenen Jahren den Focus sehr gezielt auf den Haushaltssaldo gerichtet. Der ausgeglichene Primärhaushalt 2007 und Überschuss von 2008 beherrschten die Schlagzeilen. Die kritische Entwicklung der Primärausgaben blieb weitgehend unbemerkt.

Der Blick auf die Primärausgaben ist aber entscheidend. Nur sie werden weitgehend von der Landesregierung und ihrem Finanzminister bestimmt. Die Einnahmen hingegen sind abhängig von der Bundespolitik und der allgemeinen Wirtschaftslage, die Zinskosten von der EZB, der Inflationsrate und den Geldmärkten.

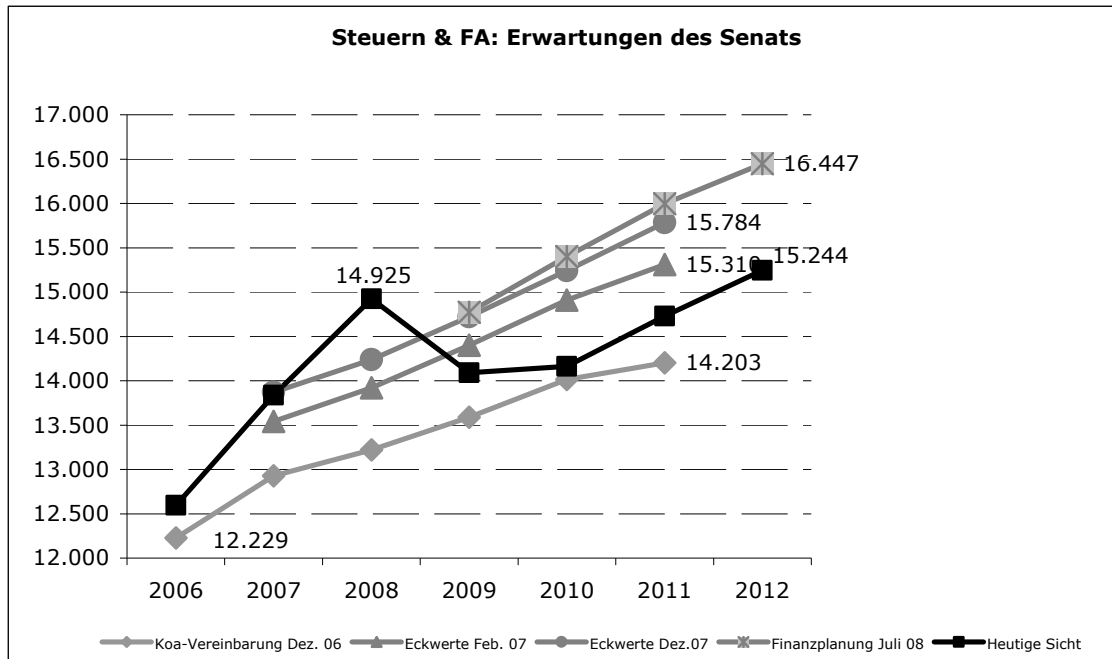
### Sarrazin hinterlässt eine Schiefelage

Seinen guten Ruf als Haushaltssanierer hat sich Sarrazin in der letzten Legislaturperiode erworben. Bis 2006 wurden die Primärausgaben auf rund 18 Milliarden Euro zurückgeführt. In dieser Legislaturperiode sieht die Sache jedoch anders aus. Seit der Wiederwahl von Rot-Rot gehen die Primärausgaben steil bergauf. Die Ausgaben sind heute wieder dort angelangt, wo wir 2001 hergekommen sind. Das „verbindlichen Eigenanstrengungsprogramm“ bis 2007, das der Senat dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt hatte, wurde um 908 Millionen Euro verfehlt.



## Sarrazin setzt die Einnahmen hoch – bis zuletzt

Im Rahmen seiner auf den Haushaltssaldo orientierten Kommunikationsstrategie ging Sarrazin dazu über, die Einnahmeplanung zu „frisieren“, um trotz steigender Ausgaben weiter Tilgungsüberschüsse prognostizieren zu können. Bei jeder von Rot-Rot beschlossenen Ausgabenerhöhung wurde auch die Einnahmeerwartung erhöht.



Mit dem Senatsbeschluss zur Finanzplanung vom Juli 2008 wurde die Grenze des Verantwortbaren eindeutig überschritten. Mitten in der Hochkonjunktur wurde die Planung nicht an der allfälligen Krise vor der Haustür orientiert, sondern das Einnahmewachstum mit Jahr für Jahr 3,7 Prozent fortgeschrieben. Damit sollte bemängelt werden, dass allein das Ende des Solidarpakts im Öffentlichen Dienst Berlin 2010 wieder in die Neuverschuldung treiben würde.

In den Eckwerten bis 2013, die der Senat diese Woche beschlossen hat, setzt sich der „Überoptimismus“ fort. Die Planung setzt eine spürbare Erholung im Jahr 2010 voraus und danach einen kräftigen Aufschwung. Insgesamt ist für 2010 bis 2013 ein Wachstum der Steuereinnahmen von 4,4 Prozent pro Jahr unterstellt – gegenüber 2,9 Prozent im langfristigen Mittel. Auf dieser Grundlage lässt sich kein seriöser Haushalt für 2010 und 2011 aufstellen.

Außerdem sollte sich der Senat diesmal nicht an einem Doppelhaushalt für zwei Jahre verheben. Angesichts der unübersichtlichen Lage haben die Oppositionsfraktionen den Antrag gestellt, die Haushaltsberatung auf Jahr 2010 zu beschränken.

## Defizit 2009 auch ohne Krise

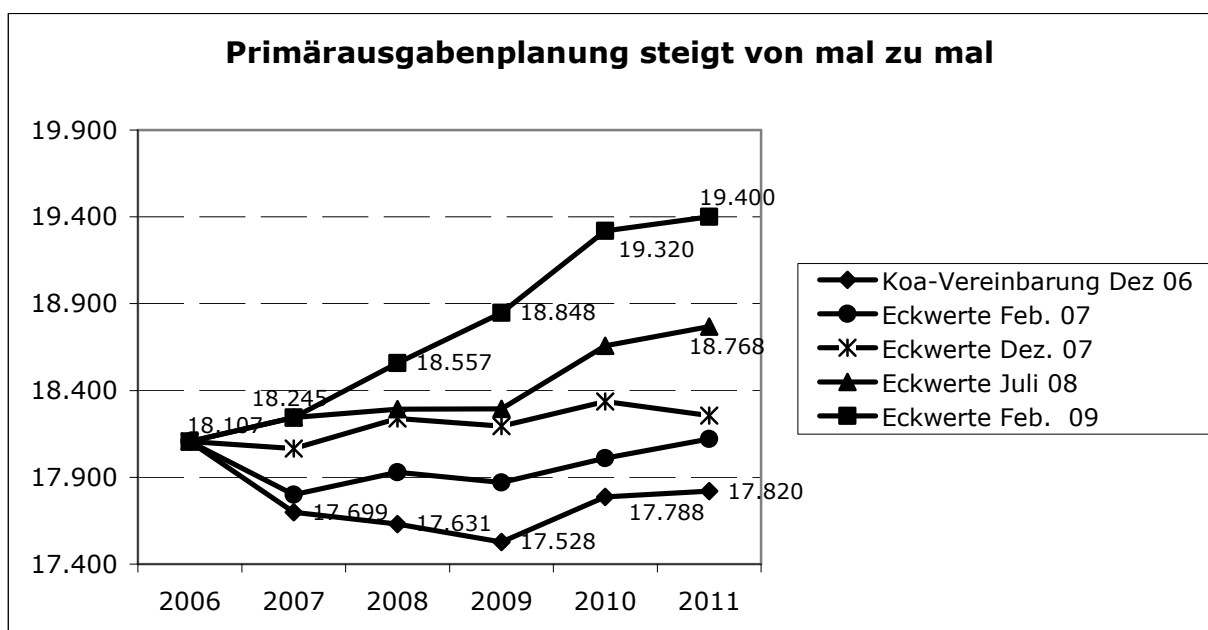
Der Nachtragshaushalt 2009 enthält 350 Millionen Euro Mehrausgaben, die ihren Ursprung nicht in der Wirtschafts- und Finanzkrise haben sondern in Entscheidungen von Rot-Rot. Der ursprünglich mit einem Plus in Höhe von 90 Millionen Euro kalkulierter Haushalt, wäre schon allein dadurch mit 260 Millionen Euro ins Defizit geraten.

Mehrausgaben im Nachtrag 2009	Mio. €
Tariferhöhung im Öffentlichen Dienst	53
Kauf des Flughafens Tempelhof	40
Mehr Kinder in der Kita als geplant	90
Jährlich steigende Sozialkosten	99
Mehr Geld für den ÖBS	18
Überfällige Schulsanierung	50
<b>Konjunkturunabhängige Mehrausgaben</b>	<b>350</b>
Konjunkturprogramm I (EP 12)	8
Konjunkturprogramm I (EP 13)	12
Konjunkturprogramm II (EP 29)I	278
<b>Konjunkturprogramme</b>	<b>298</b>
Zinsen weniger	-110
<b>Mehrausgaben im Nachtrag gesamt</b>	<b>538</b>

Die veranschlagten Ausgaben für das Konjunkturprogramm II werden 2009 nur zu einem geringen Bruchteil zahlungswirksam. Am Ende werden die Primärausgaben irgendwo zwischen 18,6 Milliarden Euro und den veranschlagten 18,8 Milliarden Euro landen, und der aufmerksame Beobachter wird genau gucken müssen, was davon auf das Konto der Konjunkturprogramme geht und was nicht.

## Ausgaben steigen ständig stärker

Auch in den Folgejahren will Rot-Rot die Ausgaben stärker steigern als ursprünglich geplant. Die Finanzplanung, die der Senat im Februar 2009 beschlossen hat, sieht für 2012 fast 800 Millionen Euro mehr an Ausgaben vor als der Senatsbeschluss vom



Juli 2008. Seit der Koalitionsvereinbarung vom Dezember 2006 kennt die Ausgabenplanung von Rot-Rot nur eine Richtung: Nach Oben!

## Rot ohne Kompass

Seit Monaten kommt aus dem Haus des Finanzsenators keine klare Linie mehr. Anders als 2002 gibt es kein Sanierungsziel und kein Maßnahmenpaket, um das Ziel zu erreichen.

Stattdessen hat sich in der Koalition ein wilder Streit um die Problemzonen des Haushalts entwickelt. Die SPD möchte den Ausstieg aus der Wohnungsbauförderung nicht mehr konsequent zu Ende bringen und wird von der Linkspartei deshalb gescholten. Dafür will die Linke die Senkung der Personalkosten nicht länger mittragen und fordert obendrein höhere Mietzuschüsse für Hartz IV Empfänger.

<b>Nicht erwünschte Mehrausgaben Berlin 2008 (Soll-Zahlen)</b>	<b>Hamburg € pro Kopf</b>	<b>Berlin € pro Kopf</b>	<b>Differenz € pro Kopf</b>	<b>Berlin +/- in Mio. €</b>
Wohnungsbauförderung	74	255	181	616
Kosten der Unterkunft	296	470	173	589
Aktives Personal*	1.263	1.395	132	448*
ÖPNV / BVG	122	233	110	376
<b>Summe</b>	<b>1.755</b>	<b>2.353</b>	<b>596</b>	<b>1.581</b>

\*2010 kommen 300 Mio. € hinzu

Der BVG-Vorsitzende Sturmowski fordert 90 Millionen Euro mehr Zuschuss, anstatt seinen Laden in Ordnung zu bringen. Sarrazin stellt die Stadt zum Abschied vor die Wahl „mehr Theater oder mehr Lehrer“. Derweil verspricht Senator Zöllner den Hochschulen ein „atmendes System“, in dem steigende Studierendenzahlen, Tarifsteigerungen und Pensionslasten durch den Landeshaushalt aufgefangen werden. Die Orientierungslosigkeit von Rot-Rot ist kaum noch zu ertragen.

## Haushaltsanierung bis 2020

Berlin braucht jetzt die Orientierung, die Sarrazin zum Ende seiner Amtszeit nicht mehr geben konnte und wollte.

### 1. Schuldenbremse in die Berliner Verfassung

Berlin braucht ein realistisches Sanierungsziel. Bündnis 90/ Die Grünen haben 2001 erstmals das Ziel formuliert, bis 2015 einen nachhaltig ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Damals haben wir auf Bundeshilfe bei der Zinslast gehofft und eine derart epochale Weltwirtschaftskrise, wie sie jetzt eingetreten ist, natürlich nicht vorausgesehen.

Unter den geänderten Bedingungen ist der ausgeglichene Haushalt immer noch bis spätestens 2020 zu schaffen. Das deckt sich mit der Vereinbarung zur Schulden-

bremse in der Föderalismuskommission II und der zu erwartenden Änderung der Finanzverfassung im Grundgesetz.

Der verfassungsrechtlichen Grauzone zwischen Vorrang des Grundgesetz und Länderautonomie wird am Besten Rechnung getragen, indem die neue Grundgesetzformulierung in die Berliner Verfassung übernommen wird. Wie heute wären dann die Passagen zur Finanzverfassung in Grundgesetz und Landesverfassung identisch. Bündnis 90/ Die Grünen werden nach Verabschiedung der neuen Finanzverfassung in Bundestag und Bundesrat eine Initiative zur Änderung der Berliner Verfassung ergreifen.

## **2. Keine Abstriche am Sanierungsprogramm**

Das Abgeordnetenhaus hat seit 2001 in einem breiten fraktionsübergreifenden Konsens an der Sanierung des Landeshaushalts gearbeitet. Im Mittelpunkt dieser Anstrengung steht die Einsparung von einer Milliarde Euro bei den Personalkosten und einer weiteren Milliarde Euro bei der Wohnungsbauförderung bis 2015. Bündnis 90/ Die Grünen fordern, dieses Programm ohne Abstriche weiterzuverfolgen und umzusetzen.

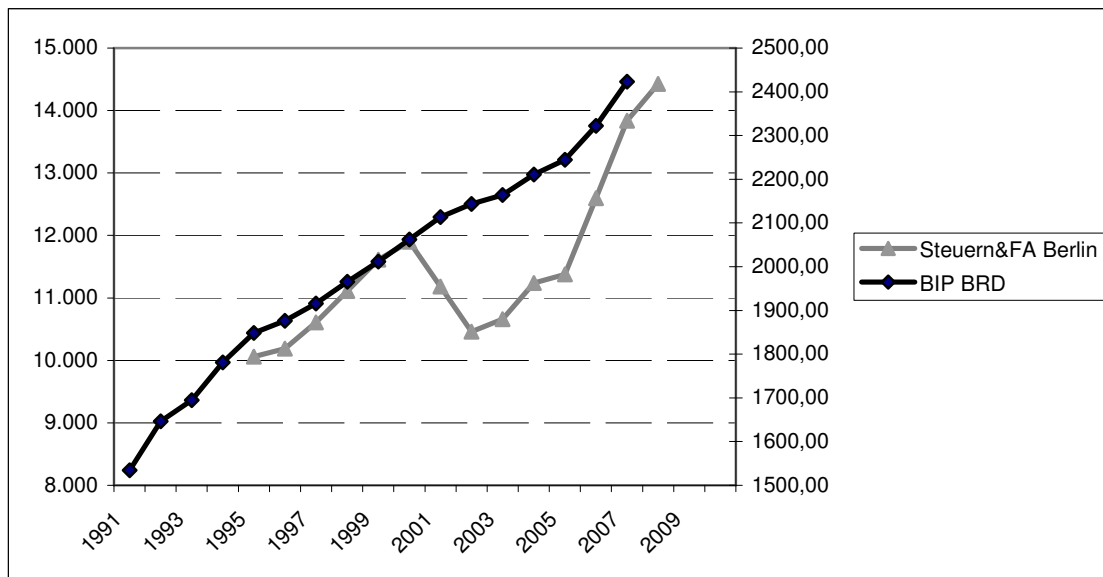
## **3. Investitionen verstetigen**

Unterlassene Instandhaltung ist die teuerste Form der Verschuldung. Aus dem laufenden Haushalt sind die notwendigen Mittel aber nicht aufzubringen. Bündnis 90/ Die Grünen haben deshalb beantragt, den Überschuss 2008 in eine Sanierungsrücklage zu überführen. Zusammen mit dem Konjunkturpaket von 630 Millionen Euro entsteht so ein Investitionsfonds von über 1,5 Milliarden Euro, mit dem sich ein mittelfristiges Investitionsprogramm gestalten lässt.

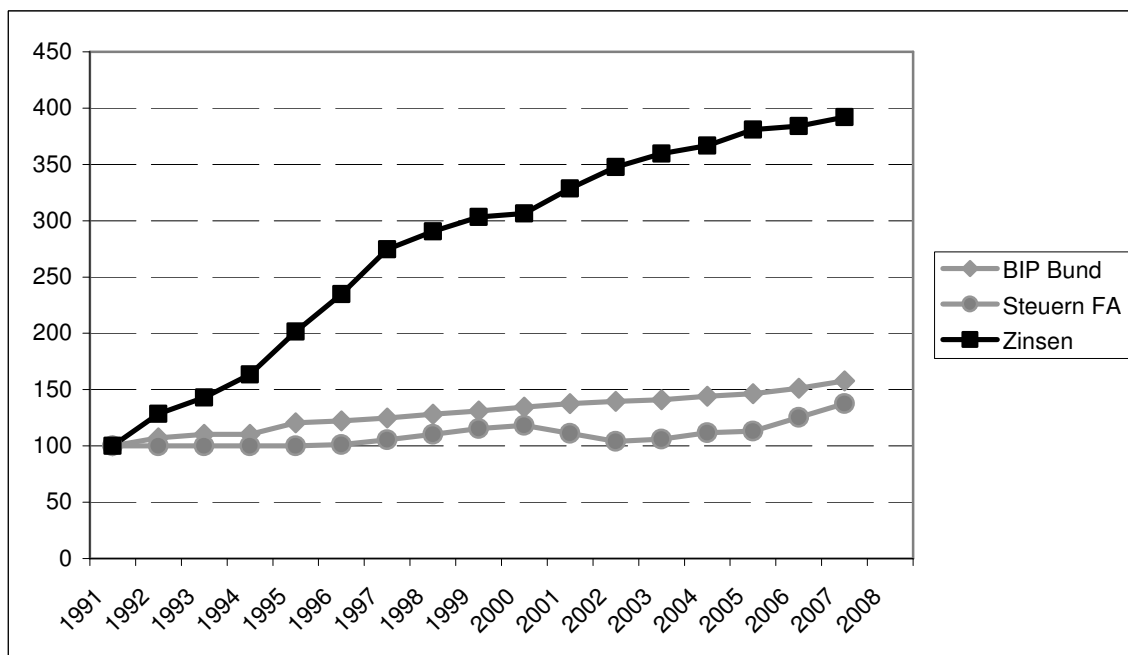
Eine solche Sanierungsrücklage ist auch konjunkturpolitisch nötig. Denn das Berliner Konjunkturpaket wird keine Beschäftigungswirkung zeitigen, wenn die Stadt ab 2011 wieder in den Investitionsstreck tritt.

## **Haushaltssanierung – warum eigentlich?**

Die finanzpolitische Party ist nach drei Jahren bereits wieder vorbei. Die verkaterten Teilnehmer erinnern sich dunkel, dass sie früher für strikte Haushaltskonsolidierung waren und fragen sich benommen: Warum eigentlich? Zwei Schaubilder können der Erinnerung auf die Sprünge helfen. Das erste Bild zeigt, wie sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Bundesrepublik Deutschland entwickelt hat und analog die Einnahmen Berlins aus Steuern und Finanzausgleich.



Das zweite Bild indexiert diesen Anstieg der Einnahmen und vergleicht ihn mit dem Anstieg der Zinslast. Dann erscheint das Wirtschafts- und Steuerwachstum geradezu einplanig im Vergleich zum Zinsanstieg. Die Verschuldung der Vergangenheit schränkt den Gestaltungsspielraum der heutigen Generation spürbar ein.



Das ist nicht gerecht für uns heute. Es würde für die nächste Generation aber noch enger, wenn wir den Weg unserer Vorgänger fortsetzen würden. Es muss aufhören, dass die Last der Verschuldung schneller steigt als die Wirtschaftskraft des Landes.